

# Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt!

## Positionen der FDP.Die Liberalen St.Gallen

---

Verabschiedet durch die kantonale Mitgliederversammlung

Wil, 30.10.2014





# Inhaltsverzeichnis

---

Grundsätze .....	3
Bildung .....	4
Wirtschaft und Arbeit .....	6
Steuern und Finanzen .....	8
Sicherheit .....	9
Gesundheit.....	10
Gesellschaft, Familie und Soziales.....	11
Verkehr .....	13
Energie .....	14
Umwelt und Lebensraum .....	15
Staatsstruktur und Verwaltung .....	16

# Grundsätze

---

## **Wir sind das liberale Original.**

Wir Freisinnigen glauben an die Kraft von Freiheit, Selbstverantwortung und Gemeinsinn. Freiheit ermöglicht es uns, unser Leben selber zu gestalten. Doch Freiheit verpflichtet. Deshalb ist Verantwortung das Fundament einer freien Gesellschaft. Anstand, Respekt, Zivilcourage und Gemeinsinn – das sind die liberalen Werte, für die wir einstehen und kämpfen.

Wir Freisinnigen sind die politische Heimat für all jene, die nach Freiheit streben und bereit sind, dafür Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen.

## **Wir stehen für Fortschritt.**

Der Fortschrittsgedanke soll in allen Bereichen der Grundsatz sein. Mit rückwärtsgewandten Ideen verhindert man jeden Fortschritt. Der grenzenlose Ausbau des Sozialstaates behindert Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Wir erarbeiten Lösungen, die den gesellschaftlichen Wandel und die demographische Entwicklung berücksichtigen.

## **Wir wollen eine prosperierende Wirtschaft.**

Die FDP ist die Partei, welche sich systematisch für ein nachhaltiges und stetes Wirtschaftswachstum einsetzt. Arbeitsplätze sind der Garant für soziale Sicherheit. Wir wollen klare, einfache Spielregeln und gleich lange Spiesse für alle. Dies bedeutet unter anderem auch einen Abbau staatlicher Subventionen und administrativer Hürden. Leistung muss sich lohnen!

## **Wir fordern einen schlanken, aber leistungsfähigen Staat.**

Wir Freisinnigen stehen für einen schlanken, bürgernahen und in seinen Kernaufgaben starken Staat. Zu den Kernaufgaben auf kantonaler Ebene zählen die Bereiche Bildung, Sicherheit, Soziales, Gesundheit, Infrastruktur und Umwelt. Zur Bewältigung dieser Aufgaben stehen dem Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Effizienz bleibt jedoch oberstes Gebot. Die Staatsquote muss reduziert werden.

## **Wir setzen auf Gemeindeautonomie und Subsidiarität.**

Was in Gemeinden mit effizienten und effektiven Strukturen erledigt werden kann, soll auch dort erledigt werden.

## **Wir setzen uns für Nachhaltigkeit ein.**

Nachhaltigkeit betrifft nicht nur den Umgang mit der Umwelt und Natur, sondern auch die Finanzen und die Sozialwerke. Unser Tun richtet sich nicht nach dem kurzfristig Richtigen, sondern orientiert sich am langfristig Möglichen und Finanzierbaren.

# Bildung

## Gleiche Chancen statt gleiche Ergebnisse!

---

### Ziele

*Bildung ist der beste Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung. Ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem gehört zu den Standortvorteilen des Kantons St.Gallen. Es setzt auf ein zielgerichtetes Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Das Bildungssystem orientiert sich nach den Anforderungen der Zeit.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Chancengleichheit ist nicht verhandelbar:** Der Zugang zu den Ausbildungsgängen wird einzig durch die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Jugendlichen geregelt. Es bestehen keine kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Hindernisse. Alle Jugendlichen erreichen mindestens einen Abschluss durch das erfolgreiche Absolvieren einer beruflichen Grundbildung oder einer Mittelschule.

- › Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Ausbildungsgängen wird auf hohem Niveau fortlaufend verbessert und folgt einem klaren Leistungsprinzip.
- › Die Chancen für das Erreichen der gymnasialen Matura, der Berufsmatura und der Diplome der höheren Berufsbildung sind durch geeignete Massnahmen unter Beibehaltung der jeweiligen Qualitätsanforderungen zu verbessern.
- › Die schweizerische Berufsbildung ist eine Erfolgsgeschichte. Das Modell muss weiter gestärkt werden.
- › Der erleichterte Zugang zu den Fachhochschulen für Inhaber der gymnasialen Maturität ist mit geeigneten Massnahmen zu unterstützen.

**Leistung zählt:** Die FDP fordert klare Leistungsziele und deren Überprüfung ab dem ersten Schultag.

- › Leistungsvergleiche dienen der Transparenz, fördern das Vertrauen der Beteiligten in die Qualität des Unterrichts und stärken die Anerkennung der erbrachten Leistungen.

**Basiskompetenzen stärken:** Die zunehmende Komplexität von Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft verlangt die Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken. Grundlage hierfür sind Sprachkompetenzen und mathematisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse. Sicherer Gebrauch der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist auf allen Stufen mit Nachdruck zu fördern und zu fordern. Den naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern ist mehr Gewicht beizumessen.

- › Als Fremdsprache sind Französisch und Englisch bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit in allen Ausbildungsgängen als prioritär zu behandeln. Fremdsprachenangebote in den Berufsfachschulen sind zu fördern.
- › Den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ist grössere Beachtung zu schenken als bisher. Dies erfolgt im Interesse einer auf die Anforderungen der Wirtschaft ausgerichteten Bildung.

**Qualität und Effizienz schliessen sich nicht aus:** Kostenwachstum im Bildungsbereich ist kein Naturgesetz. Eine stete Strukturüberprüfung ist zwingend; Staat und Wirtschaft treten als Partner auf.



- › Effiziente Instrumente zur Qualitätssicherung werden auf allen Schulstufen implementiert. Innovation wird gefördert.
- › Schule, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft stehen in einem systematischen Dialog, um die Mittel der öffentlichen Hand und die Bildungsangebote optimal aufeinander abzustimmen.
- › Die Universität St.Gallen und die Fachhochschulen profilieren sich durch ihren hohen Qualitätsanspruch, ihre je spezifische Ausrichtung und ihre effizienten Strukturen. Dazu erhalten sie mittels mehrjähriger Leistungsaufträge mehr Autonomie.

**Lehrpersonen sind von zentraler Bedeutung:** Qualität und Engagement der Lehrerinnen und Lehrer sind wichtiger als Administration und Infrastrukturen. Die finanziellen Mittel sind dementsprechend zu priorisieren.

- › Insbesondere in der Volksschule sind Massnahmen zu treffen, um eine gendergerechte Zusammensetzung des Lehrkörpers sicherzustellen.
- › Lehrpersonen kommt eine Schlüsselrolle im Bildungssystem zu. Präsenz durch Beziehung wird als wichtiger Faktor anerkannt.

# Wirtschaft und Arbeit

## Fit machen!

---

### Ziele

*Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind zu optimieren, damit sich im Kanton St.Gallen vermehrt Spezialisten niederlassen, Investoren engagieren und ausländische Unternehmen Produktionsstätten und Verwaltungszentren errichten. So können attraktive Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Solide Rahmenbedingungen bilden die Basis für eine nachhaltige Entwicklung. Die Akteure der Wirtschaft übernehmen gesellschaftliche Verantwortung im Sinne des Gemeinns.*

### Forderungen und Massnahmen

**Arbeit ermöglichen – nicht verhindern:** Der Markt schafft Bedürfnisse und Angebote. Am meisten Arbeit und Wohlstand entsteht, wenn man diesem Mechanismus freien Lauf lässt.

- › Der Kanton soll Gesetze und Vorschriften auf Bundesebene nicht im Sinne eines Musterknaben noch restriktiver auslegen, sondern den maximalen Spielraum im Sinne des wirtschaftlichen Handlungsspielraums nutzen.
- › Weniger bürokratische Hindernisse! Weitere Einschränkungen dürfen nur bei neuen starken Bedrohungen und wirklich grossen Risiken gemacht werden.
- › Möglichst freie Vertragsgestaltung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. In den kommenden Jahren werden neue Geschäftsmodelle und Arbeitsformen entstehen. Diese gilt es zu nutzen und nicht von vorne herein mit Vorschriften zu blockieren. Dazu gehört auch die möglichst freie Gestaltung der Arbeitszeit.

**Innovation fördern:** Das im Kanton St. Gallen gut funktionierende Zusammenspiel von Wirtschaft, Lehre und Forschung ist weiter stärken und effizienter zu machen.

- › Die bestehenden Kräfte sind zu bündeln und auf zukunftssträchtige Projekte zu konzentrieren. Wir müssen nicht überall stark sein, aber in einigen ausgewählten Bereichen können wir uns im internationalen Vergleich – und nur das zählt - durchsetzen.
- › Risikobereitschaft erhöhen und gleichzeitig Eigenverantwortung wahrnehmen. Den Erfordernissen der modernen globalisierten Welt können wir nur dann erfolgreich begegnen, wenn wir mehr wagen. Nicht die Risikominderung soll im Vordergrund stehen, sondern die Chancenerarbeitung.
- › Unterstützung des Projektes Netzwerkstandort Ost des Nationalen Innovationsparks (NIP). Auch die Ostschweiz muss Teil des NIP sein. Damit hört die Kette dieser Standorte im Osten nicht in Dübendorf auf, sondern reicht von St. Gallen bis an der Lac Léman. Die Stärkung der Innovationskraft trägt dazu bei, internationale Unternehmen in die Ostschweiz zu locken.

**Ostschweiz stärken, Fachkräftemangel vorbeugen:** Damit sich die notwendigen Spezialisten sich in unserer Region niederlassen, muss die Attraktivität weiter verbessert werden. Dazu braucht es insbesondere Tagesstätten, grosszügige Ladenöffnungszeiten, gute Verkehrsverbindungen, Bildungsangebote sowie intakte Wohnmöglichkeiten für Familien.

- › Metropolitanregion St.Gallen – Bodensee: Die Entwicklung der Schweiz wird in Metropolitanregionen strukturiert und auch in diesen Strukturen finanziert. Unser Kanton darf nicht zum



Vorzimmer der Metropolitanregion Zürich degradiert werden. Alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte müssen hier Leadership zeigen und sich im nationalen Konzert hörbar und positiv einbringen. Unsere südlichen Wirtschaftszentren Rapperswil-Jona und Sargans, welche klar nach Zürich ausgerichtet sind, sollen zum Metropolitanraum Zürich gezählt werden.

- › Standortmarketing und Ansiedlungspolitik: Die Aktivitäten im Standortmarketing sind weiter zu bündeln, gegen aussen noch verstärkter sichtbar zu machen und mit anderen Aktivitäten zu vernetzen (im Rahmen der St.GallenBodenseeArea).
- › Tourismus: Im Tourismus sind die bestehenden Strukturen / Organisationen zu vereinfachen und zu konzentrieren. Die Profile der einzelnen Destinationen sind zu schärfen (erhöhte Ausstrahlung) und die Infrastrukturen sind bewusster auf die Zielgruppen zu fokussieren.

# Steuern und Finanzen

## Gesunde Finanzen – damit allen mehr bleibt!

---

### Ziel

*St. Gallen gehört bezüglich der steuerlichen Attraktivität für natürliche und juristische Personen ins vordere Drittel. Der Finanzhaushalt des Kantons ist gesund. Wir leisten uns nur das, was wir auch bezahlen können.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Gesunder Staatshaushalt:** Der Staatshaushalt ist ohne Bezug von Eigenkapital ausgeglichen

- › Die Staatsausgaben dürfen über einen Konjunkturzyklus hinaus maximal gleich stark wachsen wie die Wirtschaft.
- › Die staatlichen Leistungen sind laufend und konsequent auf ihre Notwendigkeit und Standards zu überprüfen. Dasselbe gilt für Strukturen und Prozesse. Erst wenn diese Aufgaben nachgewiesenermassen erfüllt sind, kann überhaupt über Steuererhöhungen diskutiert werden.
- › Strukturen und Prozesse sind laufend auf ihre Effizienz zu überprüfen.
- › Mehraufwendungen für neue Aufgaben müssen über Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden
- › Strukturelle Defizite sind primär durch Einsparungen auszugleichen
- › Bevor neuen Aufgaben/Gesetze definiert werden, muss deren langfristige Finanzierung gesichert sein.
- › Überschüsse sind zur Äufnung des freien Eigenkapitals zu verwenden.

**Tiefe Steuerbelastung:** Der Mittelstand ist steuerlich zu entlasten. Die Steuern der juristischen Personen sind so zu gestalten, dass die Standortattraktivität gestärkt wird.

- › Mittelfristig ist das Steuerfussniveau bei den natürlichen Personen wieder auf die Höhe vor den Entlastungspaketen zu reduzieren.
- › Wo staatlichen Leistungen direkt zugeteilt werden können ist eine Finanzierung durch verursachergerechte Gebühren vorzusehen. Diese soll dazu beitragen, die Steuern gleichzeitig zu senken.



## Sicherheit

# Konsequent und rasch durchsetzen!

---

### Ziele

*Sicherheit muss durch den Staat gewährleistet sein. Die totale Sicherheit gibt es aber nicht und wäre nur durch den Verlust der persönlichen Freiheit zu haben. Wir wollen keinen Staat, der uns 24 Stunden überwacht und zum gläsernen Bürger macht. Mehr Gesetze geben nicht mehr Sicherheit, sondern deren konsequente Umsetzung soll die Sicherheit gewährleisten. Sicherheit und Privatsphäre sind im Sinne eines Verhältnismässigkeitsprinzip in einem Gleichgewicht zu halten. Im Zweifel steht aber die Freiheit des Einzelnen im Vordergrund.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen:

**Rasche und konsequente Verfolgung kriminellen Handlungen:** Der öffentliche Raum darf kein Unort sein. Kriminelle Handlungen sind konsequent und rasch zu verfolgen.

- › Strafverfahren müssen schnell abgewickelt werden. Urteile sind rasch zu vollziehen.
- › Straffälligen Ausländern ist bei schweren Delikten die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen.

**Bürger schützen:** Die knappen Ressourcen der Polizei sollen nicht für Verwaltungsaufgaben – etwa das Betreiben einer Facebook-Seite - eingesetzt werden. Die Polizeiarbeit ist verstärkt auf die Kernaufgaben zu beschränken.

- › Die sichtbare Präsenz der Polizei ist weiter zu erhöhen.

**Bürger nicht kriminalisieren:** Unser Rechtssystem basiert auf dem Vertrauen, das der Staat in seine Bürgerinnen und Bürger hat. Diese dürfen nicht unter den Generalverdacht des Staates gestellt werden.

- › Den Einsatz von «Blechpolizisten» zur Sanierung der Kantonsfinanzen lehnt die FDP strikt ab.

**Nulltoleranz bei Gewalt – auch im Internet und im Sport:** Die Aggressivität und Gewalt im privaten und öffentlichen Raum ist wirksam zu bekämpfen.

- › Die öffentliche Sicherheit ist Aufgabe des Staates. Er muss den Lead auch bei Sportveranstaltungen haben. Die Vereine und Clubs müssen mit der Polizei eng zusammenarbeiten und sind an den Kosten verursachergerecht zu beteiligen.
- › Gewalt und Aggressivität an Sportveranstaltungen müssen schnell und konsequent geahndet werden – damit echte Sportfans wieder ohne Angst Anlässe besuchen können.
- › Polizei und Justiz müssen in die Lage versetzt werden, auch im Bereich der digitalen Kommunikation bzw. der sozialen Netzwerke im Internet gegen Gewalt vorzugehen.

**Bevölkerungsschutz konsequent auf mögliche Bedrohungen ausrichten:** Der Bevölkerungsschutz ist ein Verbundsystem von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und Zivilschutz. Die Partnerorganisationen unterstützen sich gegenseitig. Der Miliztauglichkeit ist dabei Rechnung zu tragen.

- › Die Bestände des Zivilschutzes sind nicht auf die wahrscheinlichsten, sondern auf die gefährlichsten Szenarien auszurichten.

# Gesundheit

## Qualität durch Leistungskonzentration!

---

### Ziele:

*Unser Gesundheitswesen soll qualitativ hochstehend, bezahlbar und konkurrenzfähig bleiben. Für die Leistungserbringung sollen vermehrt auch kantonsübergreifende Lösungen und innovative Konzepte angestrebt werden. Die Grundversorgung ist sicherzustellen. Der Kanton entwickelt ein umfassendes Konzept zur Gesundheitsversorgung und unterstützt konsequent und nachhaltig die Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen:

**Zukunftstaugliche ambulante und stationäre Versorgung:** Die Gesundheitspolitik trägt den veränderten medizinischen, demografischen, politischen wie auch ökonomischen Rahmenbedingungen vermehrt Rechnung.

- › Spitallisten werden aufgrund von wirtschaftlichen und qualitativen Kriterien erstellt – nicht aufgrund von bestehenden Strukturen.
- › Der Kanton soll sich für kostendeckende Baserates zugunsten der Leistungserbringer einsetzen. Nur über kostendeckende Baserates können die Leistungserbringer die Qualität halten und Investitionen in die Infrastruktur auch langfristig finanzieren.
- › Die Spitalbauten sollen an die Leistungserbringer übertragen werden.
- › Im Kanton soll ein Zentrum für Koronar- und Klappenchirurgie (Eingriffe am Herzen) geschaffen werden.

**Prüfung einer medizinischen Fakultät Ostschweiz in St.Gallen:** Der Kanton soll die Nachwuchsförderung in ambulanter und stationärer Medizin auf akademischem Niveau ausbauen.

- › In die Fakultät soll die Ausbildung in geriatrischer Medizin und in Hausarztmedizin integriert werden.
- › Die niedergelassenen Spezialisten sollen in die Facharztausbildung einbezogen werden.
- › Die Privatkliniken sollen in die Ausbildung eingebunden werden.

**Pflegefinanzierung:** Die heutige Situation ist im Bereich der Pflegefinanzierung ist unbefriedigend, da sie individuelle Finanzierungs- und Vorsorgemöglichkeiten ausblendet. Die FDP will den Einzelnen stärker in die Finanzierung der Pflege miteinbeziehen.

- › Der Kanton St.Gallen soll im Rahmen einer Standesinitiative die Einführung einer obligatorischen Pflegeversicherung fordern. Deren Finanzierung darf nicht über Lohnprozente erfolgen.

# Gesellschaft, Familie und Soziales

## Eigenverantwortung vor Staat!

---

### Ziele

*Die Arbeitsbedingungen sind für alle Frauen und Männer optimal. Es bestehen verschiedenste Optionen, sich im Rahmen der individuellen Möglichkeiten zu entwickeln und erfolgreich zu sein. Immigration bedingt zwingend Integration.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Beruf und Familie:** Familien- und Berufsleben müssen vereinbar sein. Die Wirtschaft braucht gut qualifizierte Arbeitskräfte, die sie und der Staat bereits ausgebildet haben.

- › Flexible Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle werden gefördert.
- › Die Zahl der Krippenplätze wird erhöht, private Initiativen unterstützt. Dies erfolgt durch den Abbau von bürokratischen Hürden.

**Giesskannenpolitik im Sozialbereich stoppen:** Demografische Faktoren und zu grosszügig bemessene Unterstützungskriterien haben dazu geführt, dass die Kosten im Sozialbereich in der jüngeren Vergangenheit überproportional stark gestiegen sind. Handlungsbedarf ist angezeigt, damit jene Personen, die effektiv auf Unterstützung angewiesen sind, diese auch in Zukunft erhalten können.

- › Individuelle Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen sollen nur jenen Personen zukommen, welche effektiv in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Es sollen Massnahmen ergriffen werden, damit die Bezügerquote auf rund 25 Prozent gesenkt werden kann.
- › Die ausserordentlichen Ergänzungsleistungen sind gemäss den Beschlüssen des Kantonsrats im Rahmen des Entlastungspakets 2013 zu streichen.
- › Im Kanton St.Gallen sollen für die Ausrichtung wirtschaftlicher Sozialhilfe weiterhin die KOS-Richtlinien – nicht die SKOS-Richtlinien – angewendet werden. Um einen „Sozialtourismus“ zu unterbinden, sind die Gemeinden gefordert, die geltenden Richtlinien nicht zu unterlaufen.

**Milizsystem stärken:** Die Freiwilligenarbeit sowie der in der Schweiz verankerte Milizgedanke sind zu stärken.

- › Engagement zugunsten der Öffentlichkeit soll gebührend anerkannt werden.
- › Der zunehmenden Professionalisierung bei sozialen Einrichtungen soll entgegengewirkt werden. Laienarbeit soll wieder möglich sein.

**Keine Migration ohne Integration:** Ausländerinnen und Ausländer, die im Kanton St.Gallen eine Aufenthalts- respektive Niederlassungsbewilligung wollen, verfügen über genügend Deutschkenntnisse und respektieren unser Wertesystem. Verstösse sind konsequent zu ahnden.

- › Wer dauerhaft in der Schweiz leben will, muss eine Landessprache sprechen.
- › Die kantonalen Behörden nutzen vermehrt ihren gesetzlichen Handlungsspielraum bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen. Schon heute besteht die Möglichkeit, Zwölfmonatsbewilligungen statt Fünfjahresbewilligungen auszustellen.



**Kultur – privates Engagement vor Staat:** Der Kanton sucht im Rahmen der Förderung von kulturellen Projekten im Sinne von Public-Private-Partnership vermehrt und proaktiv die Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften.

- › Der Kanton achtet im Zuge von finanziellen Unterstützungsbeiträgen für Infrastrukturprojekte im Kulturbereich verstärkt darauf, dass seine Investitionen langfristig einen grösseren volkswirtschaftlichen Nutzen von privater Seite generieren.
- › Kulturförderung, für die von privater Seite ein wirtschaftliches Interesse besteht, soll nach Möglichkeit von Privaten getragen werden.

# Verkehr

## Rollen statt Stauen!

---

### Ziele

*Die Schweiz verfügt heute über eine gut ausgebaute und qualitativ hochstehende Verkehrsinfrastruktur. In der Ostschweiz besteht indes Nachholbedarf. In den kommenden Jahren stehen alle Verkehrsträger bezüglich Erhalt und Erneuerung der Infrastruktur wie auch betreffend Betrieb und Unterhalt vor grossen Herausforderungen. Die erwartete Bevölkerungszunahme und das steigende Mobilitätsverhalten werden diese Trends noch verstärken. Die Siedlungsentwicklung ist mit der Verkehrspolitik abzustimmen.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Vielfalt als Stärke beim Mobilitätsangebot:** Die FDP fordert ein intelligentes Mit- und Nebeneinander der einzelnen Verkehrsträger. Dabei ist auf die langfristige Finanzierung bzw. Finanzierbarkeit zu achten.

- › Die diversen Verkehrsnetze sind miteinander zu verknüpfen, um Strasse und Schiene miteinander abzustimmen und um auch die freie Wahl des Verkehrsmittels zu ermöglichen.
- › Die Finanzierung der Strassenprojekte ist im Kanton St.Gallen wie bis anhin über einen eigenen Fonds sicherzustellen.
- › Die Harmonisierung der Tarifverbunde ist weiter zu verfolgen (eine Reise – ein Ticket).

**Beseitigung bestehender Engpässe auf dem Strassennetz:** Ausbauten sind rasch voranzutreiben.

- › Der Engpass A1, St.Gallen, ist zu beseitigen.
- › Die Rheintalautobahn ist über eine Autobahnverbindung ans Vorarlberger Netz anzubinden.
- › Die Verkehrsmisere Rapperswil-Jona ist mit hoher Priorität zu lösen.

**Attraktiver öffentlicher Nahverkehr:** Die FDP fordert den gezielten Ausbau, wobei ein Mindestmass an Rentabilität gewährleistet sein muss.

- › In Agglomerationen und in städtischen Gebieten ist ein Viertelstundentakt anzubieten. Auf dem Land sind Kombinationen ab Verkehrsknoten mit dem motorisierten Individualverkehr vermehrt anzustreben, um auch Kosten und Nutzen im Gleichgewicht zu halten.
- › Grenzüberschreitende Verkehrswege sind auszubauen.
- › Die Doppelspur zwischen Buchs und Sevelen ist rasch in Betrieb zu nehmen.
- › Die S-Bahn Obersee ist rasch zu verwirklichen und das Verkehrsangebot zwischen dem Toggenburg und dem Grossraum Zürich ist auszubauen.
- › Engpässe auf dem Bahndreieck (St. Gallen – Zürich – Sargans) sowie auf der Diagonale St. Gallen – Rapperswil sind zu beseitigen.

**Schnellere Fernverkehrsverbindungen:** St.Gallen darf den Anschluss an die übrigen Regionen nicht verpassen.

- › Die Linie St. Gallen – Chur ist mit der Neukonzessionierung der Linie dem Fernverkehr zuzuscheiden.
- › Zwischen St.Gallen und Zürich sind schnellere Verbindungen zu realisieren.

# Energie

## Taten statt Worte!

---

### Ziele

*Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind die zentralen Anliegen der FDP. Die Chancen der technologischen Entwicklung sind konsequent zu nutzen, statt sie vorzeitig einzuschränken.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Energie soll effizient genutzt und umweltverträglich produziert werden:** Ziel ist die Erhöhung der Energieeffizienz und konsequentes Energiesparen. Durch das kantonale Förderungsprogramm ist das Effizienzpotenzial zusätzlich auszuschöpfen

- › Bei öffentlichen Bauten ist bezüglich Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien eine Vorbildfunktion wahrzunehmen.
- › Der Kanton unterstützt den Bund in der Erreichung der Klimaziele und strebt eine gesamtschweizerische Koordination an.
- › Es sind gezielte und wirkungsvolle Anreize für Projekte in erneuerbaren Energien zu schaffen, z.B. durch einmalige Förderbeiträge. Auf Luxuslösungen ist zu verzichten, Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden.

**Versorgungssicherheit hat oberste Priorität:** Der Energiebedarf muss langfristig gesichert sein.

- › Beim Strom soll die Autonomie der Schweiz erhalten bleiben. Eine Schliessung der Stromlücke durch Importe stellt keine Option dar.
- › Die dezentrale Stromproduktion ist kombiniert mit Eigenverbrauchsregelungen zu unterstützen.
- › Zur Energiegewinnung sollen keine Nahrungsmittel verwendet werden, ausgenommen Abfälle.

**Fortschritt dank neuer Technologien:** Den Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung ist mit mehr Innovation zu begegnen.

- › Die Kompetenzen in der Fachhochschule Ostschweiz im Bereich Energie- und Umwelttechnologie sollen gestärkt werden.
- › Denkverbote in Bezug auf die Energieproduktion lehnen wir ab.

## Umwelt und Lebensraum

# Eigeninitiative vor staatlichen Eingriffen!

---

### Ziele

*Die Ressourcen sind schonend und nachhaltig mit einem angemessenen Schutz der natürlichen Umwelt zu nutzen. Umwelt und Lebensqualität stehen in einem engen Zusammenhang.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Raumplanung muss den Bodenverbrauch eindämmen:** Die weitere Zersiedlung des Landes ist zu stoppen. Der Bodenverbrauch muss eingedämmt werden. Ein wirtschaftliches Wachstum muss aber weiterhin möglich sein.

- › In Städten, Dorfkernen und bei Neubaugebieten ist verdichtetes Bauen in die Höhe und in die Tiefe zu fördern. Heute bestehende Einschränkungen sind zu beseitigen.
- › Schlecht genutzte Dorf- und Stadtzentren sind zu revitalisieren und zu erneuern.
- › Der Denkmalschutz ist auf wenige, schützenswerte Objekte zu konzentrieren.
- › Die Nutzung des Untergrundes ist zu koordinieren.

**Nachhaltigkeit schützt Mensch und Umwelt:** Dem Schutz vor schädlichen Immissionen kommt ein hoher Stellenwert zu. Hier ist private Eigeninitiative gefordert.

- › Der Umgang mit natürlichen Ressourcen muss sparsam sein.
- › Lebensräume bedrohter Arten sind in Form von Biodiversitätsstrategien und Artenförderungsprogrammen nachhaltig zu schützen.
- › Neophyten und Neozoen sind zu bekämpfen.

**Konsequenter Landschaftsschutz:** Weniger ist mehr.

- › Schutzgebiete sind zu überprüfen, ggf. zu reduzieren und dann konsequenter zu schützen.
- › Es ist Rechtssicherheit zu schaffen, indem die Schutzziele klar definiert werden.
- › Regionale Naherholungszonen sind zu erhalten.

## Staatsstruktur und Verwaltung

# Schlanker, aber leistungsfähiger Staat!

---

### Ziele

*Föderalismus und Subsidiarität kennzeichnen den Staatsaufbau unseres Landes. Zusammen schaffen sie Bürgernähe und sorgen für einen funktionierenden Ideenwettbewerb unter den Gemeinwesen. Was für die Schweiz als Ganzes stimmt, ist auch für den Kanton St.Gallen richtig: Die Aufgaben des Staates sollen noch stärker dort gelöst werden, wo sie entstehen und am effizientesten gelöst werden können.*

### Forderungen und konkrete Massnahmen

**Schlanker, aber leistungsfähiger Staat:** Durch die Übernahme laufend neuer Aufgaben ist die kantonale Verwaltung in den vergangenen Jahren massiv vergrössert worden. Im Kanton St.Gallen wachsen die Staatsausgaben seit Jahren. Diese Tendenz gilt es zu stoppen.

- › Die Staatsausgaben sind zu begrenzen. Sie dienen dem Gemeinwohl und nicht der Anspruchsmentalität einzelner Gruppen.
- › Der Staat leistet qualitativ gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Perfektionismus ist unnötig, zu teuer und behindert die Beteiligten.
- › Das Prinzip des Public Private Partnership PPP ist auf allen staatlichen Hierarchien aktiv zu fördern.

**Gemeinden stärken:** Ein starker Kanton St.Gallen setzt gesunde Gemeinden voraus. Die vermehrte Übertragung von Aufgaben trägt dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung und steigert das Kostenbewusstsein sowie die Selbstverantwortung der Bürger vor Ort.

- › Die Autonomie der Gemeinden soll gezielt ausgebaut werden.
- › Die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden erfolgt dabei prinzipiell nach dem Grundsatz «wer befiehlt, bezahlt».
- › Anstösse zur Schaffung von Einheitsgemeinden bzw. zu Gemeindefusionen müssen zwingend von Seiten der betroffenen Gemeinden kommen.